

Barbara Sichtermann

Migration und Frauenbild

Essay



zu Klampen Libelli

Die Schwierigkeit mit der Anerkennung von Gleichberechtigung im Prozess der Integration liegt darin, dass sie nicht nur Frauen den Weg ins Arbeitsleben öffnen soll, sondern dass sie das Verhältnis von Mann und Frau auch im privaten Raum betrifft, da wo sich der Staat eigentlich raushalten soll. Das kann er aber nicht immer, und er tut es auch nicht. Wir haben in Deutschland ein Familienrecht, das Ehestands-, Scheidungs- und Sorgerechtsfragen regelt. Gleichwohl zucken sowohl Frauenrechtlerinnen als auch Politiker und Verbände, die sich mit der Integration befassen, sofort zurück, wenn sie von Familienkonflikten unter Migranten hören; sie verweisen dann auf Gesetze in ihrer Allgemeinheit und sie helfen und verklagen auch, wenn es Gewaltopfer gibt, aber Sitten und Gebräuche möchten sie ungern antasten. Und das ist verständlich. Was sie aber tun können, ist, Sitten und Gebräuche, soweit sie hierzulande das Verhältnis der Geschlechter regeln, zur Messlatte zu erklären, auch und obwohl sie auch hier noch nicht immer perfekt sind.

Barbara Sichtermann, Jahrgang 1943, ist Journalistin und Schriftstellerin. Sie studierte Volkswirtschaft in Berlin und arbeitet seit 1978 als freie Autorin. Sie schrieb dreißig Bücher und erhielt verschiedene Preise, u. a. den Jean-Améry-Preis für Essayistik. Ihre Themen: Leben mit Kindern, Frauenpolitik und -bewegung, Medien, die Rebellion von 1968. Bekannt wurde sie als Fernsehkritikerin der »Zeit«. Zuletzt erschien von ihr: »Viel zu langsam viel erreicht – Über den Prozess der Emanzipation« (2017).

Migration und Frauenbild

Am 16. Juni 2017 wurde in Berlin-Moabit eine Moschee eingeweiht. Mehrere Polizeifahrzeuge parkten ringsum, Übertragungswagen von Fernsehsendern bezogen Posten. Es handelte sich aber auch um ein ungewöhnliches Ereignis. Die neue Moschee liegt auf dem Gelände der protestantischen St.-Johannis-Kirche, und sie soll in Zukunft nicht nur Muslimen, sondern auch Christen und Juden Räume für Gebet und Einkehr offen halten. Ferner sind alle muslimischen Glaubensrichtungen willkommen. Sogar Nichtgläubige sollen Zutritt haben. Außerdem erst- und einmalig: *Frauen* dürfen unverschleiert neben Männern knien, und sie können sogar in diesem Gotteshaus predigen.

Die Initiative zu einer solchen »liberalen Moschee« stammt von der Anwältin und Feministin Seyran Ates; der Name des Gebetshauses lautet Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, wobei Ibn Rushd für einen muslimischen Theologen aus dem 12. Jahrhundert steht, der seinen Glauben mit Aristoteles, also der griechisch-römischen Antike, zu versöhnen trachtete. Und Goethe wurde Namenspatron, weil nicht zuletzt sein »Westöstlicher Diwan«, ein lyrisches Werk, zeigt, wie hoch der Dichterstern die arabische Kultur schätzte. Auch er war ein Brückenbauer zwischen den Kulturen.

Aber warum so viele Polizeiautos? Die Idee der Frau Ates findet nicht überall Zuspruch. Da gibt es Islam-Vertreter, die an ihren Traditionen festhalten wollen und eine solche Liberalisierung als Blasphemie empfinden. Aus dem fernen Kairo traf sogleich eine Fatwa von der Universität ein: das neue Gotteshaus sei umgehend zu schließen. Es gibt auch Christen, denen es nicht gefällt, wenn die Tore ihrer Kirchen sich für Andersgläubige öffnen. Ein protestantisches Ehepaar verteilte

Flugblätter, auf denen es Ates und ihre Mitstreiter als »Traumtänzer« abwertete und seinen Austritt aus der evangelischen Kirche bekannt gab. Aber Superintendent Berthold Höcker, der bei der St.-Johannis-Kirche Platz für die Moschee macht, hält an der Idee einer toleranten Weltkirche und ihrer Verwirklichung in Moabit fest. Er spricht sogar von einem »Meilenstein«.

Vielleicht kommt es ja so weit, dass die Berlinerinnen und Berliner mit und ohne Migrationshintergrund irgendwann sagen: Die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, das war ein Wendepunkt damals, jetzt wissen wir, was zu tun ist. Vielleicht aber scheitert das mutige Projekt. Heute kann das niemand wissen. So viel jedoch ist sicher: Wenn Integration gelingen soll und Deutsche und Neudeutsche und Zugewanderte friedlich und freundlich zusammenleben wollen, brauchen wir viele Ibn-Rushd-Goethe-Moscheen. Sie mögen in Zukunft anders heißen und auch an anderen Orten entstehen als auf dem Gelände einer protestantischen Kirche. Aber eines müssten sie alle gemeinsam haben: Dass sie Menschen ungeachtet ihres religiösen Bekenntnisses als Brüder und Schwestern akzeptieren. Und dass sie Frauen und Männer nicht mehr separieren, Frauen keine Verhüllung mehr abverlangen und ihnen stattdessen das Wort erteilen. Solche »Erlaubnisse«, solche Freiheiten, solche Gleichheiten sind letztlich der Schlüssel zur Integration.

Es ist viel vom *Grundgesetz* die Rede, wenn es um *Integration* geht. Diesen Normenkatalog müssten Neubürger achten, und damit sind sie in aller Regel auch einverstanden. Was aber nun die Religion betrifft, so leidet die Debatte an einem elementaren Missverständnis. Im Grundgesetz steht, dass in Deutschland Religionsfreiheit herrscht. Das klingt gut. Es heißt in der Praxis, dass die Bundesrepublik verschiedenste Bekenntnisse zulässt, christliche ebenso wie jüdische, freikirchliche ebenso wie mus-